

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 75 (1983)

Heft: 12: Arbeitszeitverkürzung

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeitschriften-Rundschau

Otto Böni

Argumente für die Friedensbewegung

Ganz im Zeichen der weltweiten Kampagne «Für einen Frieden ohne Waffen, ohne Arbeitslosigkeit, ohne Hunger» steht die September-Nummer der vom Deutschen Gewerkschaftsbund in Köln herausgegebenen «Gewerkschaftlichen Monatshefte». Im ersten Beitrag prangert Ernst Breit den heutigen Rüstungswettlauf an, der weltweit pro Stunde hundert Millionen Franken verschlingt, der es fertig gebracht hat, dass für jeden Menschen drei Tonnen Sprengstoff bereit liegen und gleichzeitig in jeder Stunde fast 2000 Kinder sterben lässt, weil kein Gramm Brot und Reis für sie vorhanden ist. Ernst Breit macht klar, dass ein möglicher Krieg nicht auf einem entlegenen Schlachtfeld ausgefochten wird, sondern in unseren Bereichen. Eine einzige Atombombe mit der Sprengkraft von einer Megatonne, abgeworfen über dem Grossraum Frankfurt, würde 400 000 Menschen sofort töten. Der Autor betont daher die Wichtigkeit der Genfer Verhandlungen: «Die Nato-Nachrüstung würde vermutlich Nach-Nachrüstungsschritte der UdSSR provozieren. Deshalb ist ein Verhandlungserfolg in Genf, der die östliche Vorrüstung beseitigt, die westliche Nachrüstung vermeidet und eine östliche Nachrüstung überflüssig macht, so unverzichtbar.»

Im zweiten Beitrag macht Wilhelm Bittdorf auf die Gefährlichkeit gewisser amerikanischer Pläne aufmerksam. Diese beinhalten die folgenden Überlegungen: «Sollten die Sowjets <amerikanische und alliierte Interessen> militärisch verletzen, zum Beispiel durch Übergriffe in der Ölregion am Persischen Golf, dann müssen sie damit rechnen, dass die USA und ihre

Verbündeten ihre Gegenwehr nicht auf das angegriffene Gebiet beschränken. Dann müssen die Männer im Kreml darauf gefasst sein, dass die Amerikaner die <geographische Ausdehnung> des Konflikts von sich aus erweitern, also neue Kriegsschauplätze an anderen Stellen der west-östlichen Front eröffnen und womöglich einen allgemeinen und globalen Krieg gegen die Sowjetunion und ihre Satelliten entfesseln.»

Der dritte Beitrag stammt von Dieter S. Lutz und ist überschrieben mit «Rüstung und Abrüstung – Kriegsgefahr und Kriegsverhütung». Der Autor stellt darin fest, dass der bisherige Grad relativer strategischer Stabilität angesichts der Rüstungsdynamik in Ost und West gefährdet ist. Wenn auf dem Verhandlungswege keine Barrieren gegen die Erlangung von Kriegsführungsfähigkeiten geschaffen werden können, so bleibt seines Erachtens nur der Weg des einseitigen Verzichts auf nukleare Erstschlagwaffen offen. Lutz bemerkt aber ergänzend, dass auch demjenigen Kontrahenten, der einseitig auf Erstschlagwaffen verzichtet, nach wie vor die unverwundbaren U-Boote, die als Zweitschlagwaffen zur Abschreckung bei weitem ausreichen, zur Verfügung stehen. In zwei weiteren Hauptbeiträgen befassen sich Carola Bielfeldt mit «Aufrüstung und Sozialabbau» und Klaus Mehrens mit «Konversion und Arbeitsplätze».

Sonneninsel Sri Lanka im Zwielficht

Im Laufe dieses Jahres machte Sri Lanka, das frühere Ceylon, Schlagzeilen in unserer Presse. Die in den Reiseprospekten viel gepriesene Ferieninsel wurde zum Schauplatz von Mas-

sakern an der tamilischen Minderheit. Über dieses Geschehen und seine Hintergründe informiert in einfacher, aber doch umfassender Weise J. W. Brügel (London) in Heft 10 des österreichischen Gewerkschaftsorgans *«Arbeit und Wirtschaft»*.

Die Tamilen dürften ungefähr zwanzig Prozent der Bevölkerung Sri Lankas ausmachen. Zwei Millionen «einheimische» Tamilen, so nennt man sie, weil ihre Vorväter ebenso viele tausend Jahre dort gelebt haben wie die Vorfahren der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit, sind mit wenigen Ausnahmen im Osten angesiedelt. Eine weitere Million von Tamilen sind Nachkommen der von den Engländern im vorigen Jahrhundert aus Indien herbeigeschafften Zwangsarbeiter. Sie sind vor allem auf den Teeplantagen im Innern des Landes beschäftigt. Gegen sie richtet sich hauptsächlich der Druck der die Insel regierenden singhalesischen Mehrheit. Man möchte sie wieder nach Indien abschieben. In den Jahren 1964 und 1974 kam es zu zwei empörenden Vereinbarungen zwischen den Regierungen Indiens und Sri Lankas, nach denen 600 000 Tamilen nach Indien abgeschoben werden sollten. Als Gegenleistung versprach man 375 000 Tamilen die entzogene Staatsbürgerschaft Sri Lankas wieder zu verleihen. Das Resultat dieser Vereinbarung ist, dass Indien zwar 400 000 Vertriebene aufnahm, Sri Lanka aber seinen Verpflichtungen nicht nachkam.

Als Gründe für die Auseinandersetzungen zwischen Tamilen und Singhalesen führt Brügel neben dem nationalen Fanatismus auch das religiöse Moment an. Die Tamilen sind der Religion nach Hindus, die Singhalesen meist Buddhisten, und beide Religionen zeichnen sich nicht durch grosse Toleranz aus. Dazu kommt noch der sprachliche Gegensatz. «Nur wenige Singhalesen verstehen tamilisch. Umgekehrt ist es nicht besser, aber man kann auch von

gebildeten Tamilen, deren es viele gibt, kaum verlangen, dass sie neben ihrer Muttersprache und Englisch auch noch die Sprache der Singhalesen lernen, die eine ihnen ganz fremde Schrift hat.» In den Staatsdienst Sri Lankas werden aber nur Personen aufgenommen, die singhalesisch können. Dies führt zu grotesken Situationen. So können zum Beispiel in der Stadt Jaffna im Norden, die fast ausschliesslich von Tamilen bewohnt wird, die Polizisten mit der Bevölkerung nicht sprechen.